

# Naumann- Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

**Bezugspreise**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Anstellung 2,00 Mark, vierteljährlich  
6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark  
einschl. Zustellungsgebühren. Einzel-  
nummern 15 Pf. Bestellungen werden  
von allen Reichspostämtern ange-  
nommen. Im emtl. Zeitungser-  
scheinung unter Anzeigens-  
Zeichens unter Anzeigens-  
Zeichens. Für unentgeltlich einge-  
gangene Manuskripte wird keine Gewähr  
übernommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ er-  
laubt. Ferner der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

**Anzeigen**  
werden 8. Spalten, 34 mm Dr. Millim-  
eterzeile oder deren Raum mit  
20 Pf. bezahlt u. in unseren An-  
nahmen teilen u. allen Anzeigens-  
stellen angemessen. Kleinanzeigen  
die 92 mm Dr. Millimeterzeile 60 Pf.  
Anzeigen - Annahmestunde vom  
11 Uhr, für die Sonntags-Druck-  
arbeiten, 10 Uhr. Anzeigens-  
stellen, müssen schriftlich erfolgen.  
Einschaltung: Halle, 1. Sonntag  
10, 2. Sonntag 1 mal, 3. Sonntag  
1 mal, Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Neue Promenade 19, Dr. Braun-  
hauer, 17. Neben-Geschäftsstelle,  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 338.

Halle, Dienstag, den 22. Juli.

1910.

## Naumann über kulturelle Fragen.

Deutsch-demokratischer Parteitag.

(Eigener Drahtbericht der „Saale-Zeitung“)  
a. 2. a. g.

H. H. Berlin, 21. Juli.

Die Montags-Sitzung wird um 10 Uhr von Prof. Dr. Gerlaud-Genia eröffnet. Infolge des Proteststreiks wird beschlossen, bürgerarbeiten und dann um 4 Uhr zu schließen, weil der Saal durch den Streik ohne Licht sein würde.

Nach geschäftlichen Mitteilungen referiert Marwig Berlin über die Prüfung der Delegiertenmandate. Alsdann wird zunächst in die Beratung verschiedener Anträge eingetreten.

Die Erziehungskommission beantragt: Die der Regierung und den Parlamenten angehörenden Mitglieder der Partei werden ersucht, sich mit aller Entschiedenheit für die sofortige Inangriffnahme des Abbaus sämtlicher während des Krieges getroffenen Maßnahmen einzusetzen, welche die zwangsweise Beschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit von Landwirtschaft, Handel und Industrie anordnen. Dazu ist vor allem die

Auflösung aller behördlicherseits geschlossenen Kriegseingesperrten

mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten. Einen inhaltlich gleichen Antrag stellte Düsseldorf-Stadtrat Voening gegen die Anträge, die auf Vorschlag des Abg. Mißke der Fraktion in der Nationalversammlung als Material überwiesen werden.

Nach Erörterung weiterer Anträge erhält

Abg. Peterßen das Schlusswort, in dem er zunächst betont, daß in keiner wesentlichen Frage eine Meinungsverschiedenheit zu Tage getreten ist. Die Darstellung des Abg. von Mißke, das Schuldkompromiß sei durch Ausschluß der Demokraten aus der Regierung zustande gekommen, ist absolut falsch.

Die Verantwortung für das Schuldkompromiß trifft lediglich die Sozialdemokratie. Ich führe links weiter, das gilt auch für die Fraktion. Ich führe links weiter, das gilt auch für die Fraktion. Ich führe links weiter, das gilt auch für die Fraktion.

Wir werden es erleben, daß unsere Wirtschaft nicht wieder in Gang kommen wird, wenn wir nicht wieder zur Akkordarbeit kommen. Sie muß jedoch sozial ausgegabt werden. Unsere Wirtschaft muß ertragsreich gestaltet werden, um eine Sozialpolitik ertragen zu können.

Wohler kommt es, daß die Sozialdemokratie verliert? Weil sie vor der Revolution nicht beim Regierungsapparat herangezogen worden sind. Gebrauchen die Kommunisten Wachsinstrumente, dann tun wir das auch. Kämpfen sie mit Gedanken und Ideen, werden wir das nicht anders machen. Wir wissen auch, daß die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Wir bedauern die antimilitärische Lage der Deutschenationalen und protestieren dagegen. Wir wollen ihnen sagen: Ihr habt unsere Welt schon einmal an den Rand des Verderbens gebracht. Hört Euch, daß das noch einmal geschehe. Stürmt nicht weiter. Es ist keine Zeit für Experimente. Der Jugend wollen wir jurieren: Treibt uns vorwärts! Bleibt Euren jugendlichen Stürmern. Aber die Jugend muß auch Vertrauen zum Alter haben. Gehen Sie hinaus in die Kampfreue und sagen Sie, daß mit ehrlchem Streben versucht worden ist, das Beste für das deutsche Volk zu tun. (Vangandistischer Beifall.)

Graj Bernstorff: Dringend im Interesse der deutschen Politik liegt es, wenn der Streit, ob es richtig war, zu unterzeichnen oder nicht, begraben wird. (Beifall.)

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Mißke betont

Vorsitzender Oberbürgermeister Koch-Kassel, daß eine solche Aussprache unter allen Umständen beifall finden muß. Sollte Zufriedenheit sich in Zeiten, wie den gegenwärtigen, kaum möglich. Sorgen Sie dafür, daß die Partei stärker und fester wird. Das unaufrichtige Bündnis zwischen Mißke und Bar kann nicht lange dauern. Die Friedensfrage darf nicht trennend wirken. Die Ungebilligkeit in unseren lieben Vaterlande ist groß und sie ist begründet. Aber wir müssen erkennen, daß in einem halben Jahre nicht gut gemacht werden kann, was in 50 Jahren einer glücklicheren Zeit angeht. Lassen Sie uns auch fernerhin getreu und fest zusammenarbeiten im Vertrauen auf die Unvergänglichkeit unserer Ideale. (Beifall.)

Ein Antrag Frankfurt, der sich gegen den Austritt der Demokratie aus der Regierung wendet, wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Deutsch angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag billigt das Verhalten der Fraktion sowie ihren Austritt aus der Regierung und spricht ihr kein Vertrauen aus.

Sodann wird mit allen gegen 4 Stimmen der folgende Antrag angenommen:

Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei spricht der Fraktion für die Haltung in der Nationalversammlung Zustimmung und Dank aus. Er billigt das Ausschließen der demokratischen Minister aus der Reichsregierung anlässlich des Friedensstillschusses. Der Parteitag nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß mit diesem Schritt keine Annäherung der Deutschen demokratischen Partei an die rechtsstehenden Parteien beabsichtigt oder verbunden ist.

Die Deutsche demokratische Partei erkennt diesen unerträglichen Frieden nicht als eine Einführung der in den Westfrontalländervereinbarungen gewonnenen Rechtsgrundlage an und erhebt gegen die unehrliche Bestätigung des deutschen Volkes stammenden Widerspruch. Den einmal geschlossenen Frieden werden wir, so unerlässlich er auch ist, nach besten Kräften und eifrig zu erfüllen suchen. In der bisherigen Erwartung, damit die wirtschaftliche und politische Gleichstellung Deutschlands zu erreichen und die Leben unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet abzufügen; wir vermehren uns aber schon jetzt dagegen des Fortwärtens beizugehen zu werden, wenn wir trotz eifriger Bemühens nicht alle Forderungen des Vertrages zu erfüllen vermögen.

Das Volksgewissen und die Grundzüge der Demokratie, denen sich kein Volk auf die Dauer entziehen kann, werden zur Revision dieses Friedens führen. Der Tag wird kommen, an dem Deutschland unter gerechten Bedingungen in einen wahren Völkerverbund eintreten kann. Erst dann ist der Friede und die Wohlfahrt aller Völker gesichert.

Am in diesem Kampf ums Recht erfolgreich zu bestehen, muß die Demokratie im inneren Deutschland zur lebendigen Hochzeit werden: Freiheit der Persönlichkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung bei gerechtem sozialem Ausgleich, starkes deutsches Volksgewissen und Staatsbewußtsein, strenge Arbeitsamkeit und hingebende Hilfsbereitschaft jedes einzelnen gegenüber der Gemeinschaft des deutschen Volkes, das heißt die Zeit, deren wir leben.

Der Parteitag erwartet, daß die demokratischen Vertretungen in den Parlamenten ohne Parteizugehörigkeit und ohne richtungslose Anpassung nach rechts oder links diese Grundgedanken klar und folgerichtig verwirklichen. Er ruft die deutsche Jugend auf, in dem großen Kampfe für Deutschlands Zukunft tatkräftig mitzuwirken.

Bei der Abstimmung über einen Antrag, der die Fraktion erwidert, bei der dritten Verfallungslesung für die dreijährige Legislaturperiode zu stimmen, beschloß zweifelsfrei, so daß später zum Sammelplan gegeben werden muß. Hierbei stimmten 303 Delegierte für, 35 dagegen, so daß der Antrag abgelehnt ist. Dagegen wird ein Antrag Elsas-Stuttgarter angenommen, der die Fraktion erwidert, in Erwägung darüber einzutreten, ob nicht bei der dritten Lesung die dreijährige Legislaturperiode erreicht werden könnte.

Fast einstimmig genehmigt ein Antrag Braunshweig, wonach die A-Käte keinerlei politische Rechte haben sollen. Ein weiterer angenehmerer Antrag will bei der Vermögenssteuer unterscheiden zwischen solchen Vermögen, die jemand neben seinem Einkommen besitzt, und solchen, die allein den Fonds zum Lebensunterhalt bilden.

Zum Schuldkompromiß wird der folgende Antrag angenommen:

Das neue Schuldkompromiß bedeutet die völlige Preisgabe der nationalen Einheitsfahne. Es verschärft unsere Jugend an die politischen Parteien, vergiftet damit das Verhältnis zwischen eilichem Hause und Schule und vernichtet jede Möglichkeit zu einem organischen Ausbren der Schule auf freisich nationaler Grundlana. Der Parteitag erwidert, daß die Fraktion, daß sie als erziehlichen und allgemeinen politischen Gründen die Durchführung dieser Vereinbarung mit allen verfassungsmäßigen zulässigen Mitteln und in der schärfsten Form verhindert.

Nach einer kleinen Pause eröffnet die stellv. Vorsitzende Frau Dr. Bäumer die Sitzung und erteilt dem Geschäftsführer der Partei, Geh. Regierungsrat Dr. Schröder, das Wort zum

Bericht über die Satzungen.

Die Satzungen werden sodann nach kurzer Debatte angenommen.

Dr. Frankfurter-Berlin referiert sodann über den Programmentwurf.

Das Element der Gewalt ist in der Politik unbedingt abzulehnen. In Fragen der Sozialpolitik müsse man soweit gehen, wie überhaupt nur möglich. Politisch gibt es nur eine einheitliche Demokratie mit Einigkeit der Sozialdemokratie, von der man heute nur wirtschaftlich getrennt ist. Die Aufgabe der Demokratie ist die Verwirklichung von Arbeiterschaft und Unternehmern. Auch die Demokratisierung der Betriebe muß kommen. Sie soll, muß und wird kommen. Die Demokratisierung darf nicht halt machen vor den Toren der Profiteure. Wir haben versucht zu betonen, das Recht der Gewerkschaften. Nicht die Höhe, nicht die Menge, sondern die Substanz ist die Grundlage.

für unsere Partei. Das Schuldkompromiß hätten wir niemals gemacht. Die Ergebung unseres Gewissens ist uns für Ministerkrieg nicht veräußerlich. Das neue Deutschland ist die Republik. Dieses Bekenntnis helfen wir an die Spitze des Programms. Wer sich gegen die Republik heute erhebt, ist für uns ein Hochverräter. (Bravo!) Kommen wird ein Referendum über die Frage, ob wir einen einheitlichen Staat wollen (Stürmischer Beifall.) Und dieser Einheitsstaat wird ein Großdeutschland sein, mag die Entente sagen, was sie will. (Erneute lärmliche Zustimmung.) Tirat nehmt auch zu uns. In Fragen der nationalen Ehre gibt es für uns keine Rücksicht auf den Geldsack. Unsere uns wegeriffenen Brüder gehören immer zu uns. Das wollen wir eifrig betonen. Wir wollen immer an das große Unrecht denken und stets darüber zu unseren Kindern reden. Wir wollen zum Kampfe bereit sein, wenn die Stunde kommt. Dabei will ich keiner Kronschmuck preibigen. Wir bauen auf die Kraft der unserer demokratischen Idee innezuoft. Wir wollen die

Revision des Verfallses Friedens

durch Recht. Wenn aber gegen unsere Willen um diese Frage ein Krieg entzünden sollte, dann werden wir diesen Krieg zu führen müssen. Für einen Demokraten heißt es: Tue Deine Pflicht gegen Dich selbst, für Dein Volk und an der Menschheit. Die Demokratie ist und muß sein die Partei der Pflichterfüllung und des Rechtes.

Wand-Ansbach beantragt eine 3gliedrige Kommission zur Beratung des Programms. Ein neuer Parteitag mußte nach Abg. der Kommissionsarbeiten erneut zum Programm Stellung nehmen.

Stadtrat Voening spricht sich für eine Kommission von 21 Mitgliedern aus, im übrigen im Sinne des Vordrängers. — Ein Redner aus Kohn in Oberriedelien spricht gleichfalls für einen recht baldigen weiteren Parteitag.

In weiteren Verläufe der Verhandlung wird sodann die Abänderung des folgenden Telegramms nach Deutsch-Deister beschlossen:

Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei spricht den Gründern und Schwestern in Deutsch-Deister sein herzlichstes und herzlichstes Mitgefühl anlässlich der Gemeindegemeinschaft des Friedens von St. Germain aus. Er verurteilt damit sein unerträgliches Bekenntnis zum arbeitslosen Geben auf der Grundlana des freien Selbstbestimmungsrechtes, dessen Verwirklichung wohl aufgehoben, aber nicht aufgehoben werden kann.

Im Hindenburg.

Abg. Dr. Naumann schlägt die Abänderung des folgenden Telegramms an Generalfeldmarschall von Hindenburg in Hannover vor:

Der Parteitag der Deutschen Demokratie hat beschloffen Ihnen, Herr Generalfeldmarschall und der gesamten deutschen Wehrmacht den aufrichtigsten herzlichsten Dank für die unerschütterlichen Taten und Opfer bei der Verteidigung des deutschen Vaterlandes auszusprechen und Sie insbesondere unserer lebendigen hohen Verehrung zu versichern, weil Sie in guten und bösen Tagen, in Sieg und Niederlage mit vorbildlicher Pflichterfüllung auch nach der Aufrichtung der Republik dem deutschen Volke Ihre heldenhafte Treue bewahrt haben. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Dr. Koch stellt das Unverständnis des Parteitages fest. Darauf referiert

Abg. Dr. Naumann über kulturelle Fragen

im Parteiprogramm. Redner gibt ein packendes Bild von den kulturellen Idealen der Demokratie. Wir wollen unsere Selbstachtung behalten, unseren Charakter und unseren Stolz nicht abgeben. Wir werden uns wieder in die Höhe erheben. Die Arbeitsform, die die Beste ist und das größtmögliche aus Menschen heraus zu holen, ist unsere Arbeitsform. Von allen Völkern erhebt es sich nicht einen Maßstab, den man traut und liebt. Man wird nie nach einem Maßstab sich umsehen nach der Zeit, die hinter uns liegt. Aber wir werden die schwere Arbeit für unsere Kinder leisten. Kinder müssen wir haben, ein wachsendes Volk müssen wir haben. Die Religion kann nicht aus der Schule heraus. Jeder, der sich der Zeit erinnert, wo Adolf Hoffmann sich als Antipriester auf den Stuhl des Kultusministers setzte, kennt die Stimmung der Mehrheit des Volkes. Auch vom sozialdemokratischen Standpunkt kann das Schuldkompromiß noch ein sehr schändliches Geschäft werden. Der alte Staatskirchenbegriff ist gefallen. Wir ist es ein tröstliches Stück, daß wir die Religion freibekommen. (Lebhafter Zustimmung.) Jetzt gibt es keinen förmlichen Superintendenten mehr. Das bedeutet sehr viel, wenn alle Demokraten und Sozialdemokraten, die noch etwas von Religion halten, sich um den Ausbau der Kirche kümmern. Gehört dies nicht, dann entzieht ein konfessionsloses Institut. Staat und Kirche haben dafür zu sorgen, daß der Geist der gegenfälligen Richtung nicht verloren geht. Die Deutschen aus allen Konfessionen fordern wir auf zur Arbeit, mit denen machen wir Kultur. (Stürmischer Beifall, anhaltende Deonation für den Redner.)

Vorsitzender Dr. Koch: Nach solchen Worten, die uns auf eine Höhe bringen, müssen wir wieder, daß es gemeinsame Kulturziele gibt. Darauf wird die Wortnahme geschlossen.



# Deutsche Nationalversammlung.

Schluss der Sitzung vom 21. Juli.

**Rechtsbeistandminister Schick:** Die Vorlage geht ganz wesentlich über das hinaus, was die Regierung verprochen hat. Allerdings hat sie niemals verprochen, dass sie politische Arbeiterrechte schaffen will.

**Abg. Schöndert (Str.):** Etwas Berechtigtes liegt in dem Vorschlag, doch nicht kommt dabei die Zeit, wo wir uns im inneren Frieden zu geben haben.

**Abg. Schneider-Saunders (Dem.):** Die Angelegenheit dürfen nicht nach demselben Gesichtspunkte behandelt werden wie die Arbeiter.

**Abg. Dr. Hugo (D. W.):** Der Ausbau der Arbeiterrechte und damit die Überwindung des Klassenkampfes zwischen den Arbeitern und Arbeitern ist eine Voraussetzung für den Weltfrieden unter Weltfrieden.

Über das Ministerium entspann sich noch eine sehr lebhaft Debatte, die sich bis in die späten Abendstunden hinzieht. Die Beratungen wurden erst gegen 11 Uhr abends abgebrochen und die Weiterberatung auf Dienstag morgen 10 Uhr festgesetzt.

## Eine schwere Beschuldigung Erzbergers.

Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Staatsminister äußert in Paris sein Gefühl, dass die Kräfte der Regierung neue Schritte ergreifen gegen den Reichsfinanzminister Erzberger, den er zu einer gerichtlichen Klage zu provozieren sich bemüht. Im Anschluss an seine Ausführungen erhebt er die folgende positive Klage: Wenn ein Politiker es zu Wege bringt, als Schwächlicher einen Prozess zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichsfinanzminister zu führen, so ist er ein Feind der Nation, der die letzte Entscheidung zugunsten der Gerechtigkeit am 24. Mai zu antworten und sich darauf am folgenden 14. Juni, alle drei Wochen später, in den mit fastlichen Zantimen dotierten Ausschüssen dieser Gerechtigkeit zu äußern zu lassen, ist ihm vom Standpunkt der geschäftlichen und politischen Verantwortlichkeit nicht mehr zu mahnend als er verdient. Ich würde einen solchen Mann nicht zwingen, sich als Profanisten in meinem Geschäft zu betätigen. Ich würde ihm jedenfalls niemals auch nur den kleinsten Versuch einer Ausübung in die Hand geben. Ich frage erneut: Soll das deutsche Reich und das deutsche Volk an den Reichsfinanzminister Erzberger zugrunde gehen?

## Wer wird Geschäftsträger in Paris?

Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Entgegen einem öffentlichen Dementi können wir versichern, dass der Posten als Geschäftsträger in Paris dem Reichsminister in Stockholm Herr von Kautz angebotener worden ist. Herr von Kautz ist in den nächsten Tagen nach Berlin, um die Verhandlungen über die Annahme oder Ablehnung des Postens mündlich zu führen.

## Lloyd George über den Friedensvertrag.

London, 22. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Das neue deutsche Bureau meldet aus London: (Im Unterhause hat Ministerpräsident Lloyd George die Rede gehalten, in der er sich auf die verschiedenen Abmachungen des Friedensvertrages zu verweisen. Er verteidigte sie und erklärte, dass England eine weitgehende Kompensation verlangen müsste, sonst wäre es nicht möglich, alle Kosten vergütet zu erhalten. Er sei unwillig, die Wiederherstellung des kritischen Schadens eines Vertrags festzustellen, der die Schäden unendlich nicht nicht nicht bekannt ist. Lloyd verteidigte er die territorialen Veränderungen und die militärischen Maßnahmen, die von Deutschland angenommen wurden. Das Ende der Völkerpflicht ist auch kein Wille. Was den Entzweierte betrafte, meinte er, würde niemand behaupten wollen, dass der Vertrag ein Verstoß ist für die gewählten Schlichter. Er hat auch diese Worte gesagt: Lloyd erklärte, dass der Friedensvertrag gerechtfertigt sei und er der Welt die Wahrheit lang sein würde, dass man wieder die nationalen Rechte mit Hilfe treuen, noch feierliche Bündnisse prüfen können. Er sagte, dass der Vertrag ein Verstoß ist für die Nationen und die Regierung, wenn sie nicht die Klappen, an denen Deutschland festhalten. Lloyd erklärte, dass die Annahme des Friedensvertrages das Beste ist, was die Annahme des Friedensvertrages in zweiter Lesung an.

## Deutsche Bankiers in England.

London, 22. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die Daily Mail meldet, haben am Donnerstag die ersten deutschen Bankiers seit dem Jahre 1914 wieder englischen Boden betreten. Die Handelsbank und Deutsche Bank, die nach England gekommen sind, um mit englischen Banken eine große Bank für die abgelaufenen zur Bedienung der Warenlieferungen englischer Firmen zu gründen.

## Ausfahrungen in Heilbronn.

Stuttgart, 22. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Während die Kundgebungen gegen den Weltimpersonalismus in Stuttgart rasch verliefen, kam es in Heilbronn am Montag zu blutigen Zusammenstößen. Ein Teil der Demonstranten versuchte in die dortige Kaserne einzudringen, um sich Waffen zu verschaffen. Die Soldaten trafen die Angreifer abweisend ab. Wiederholte Angriffe führten schließlich zu einer Schießerei. Deren Verlauf ein 17jähriger Junge getötet und mehrere Demonstranten verwundet wurden. Nach einer anderen Darstellung sollen die Schießereien unter der Zivilbevölkerung stattgefunden haben, worauf es zu blutigen Zusammenstößen und zu einem Sturm auf die Kaserne kam.

## Vom Streik in Berlin.

WB. Berlin, 21. Juli. 4 Uhr 30 nachm. Trotz des Verbotens von Versammlungen unter freiem Himmel hatten sich heute vormittag in Treptow und im Friedrichshagen Tausende von Angehörigen der U. S. P. D. versammelt, um gegen den Gewaltfrieden gegen den Imperialismus und für die Völkerverbrüderung zu demonstrieren. In Treptow wurde ein fünf Stöcke hoher, weißer Pfeil, der sich in seiner Höhe darauf hin, dass der Arbeiterkrieg schon jetzt erreicht habe, aber doch noch manches zu tun übrig bleibe. Im Friedrichshagen wurde die Versammlung durch Militär eingekerkert. Als der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht Folge geleistet wurde, feuerten die Truppen einige Schüsse ab, worauf sich die Menge von Schüssen auf die Internationalen richtete. In den ersten Nachmittagsstunden bewegte sich eine große Menge von Demonstranten von Humboldtsdenkmal aus nach dem Innern der Stadt, die sich allem Anschein nach zu der um 4 Uhr angelegten Versammlung am Schloße begeben wollte. Aus der Wilhelmstraße wurden ebenfalls Kundgebungen gemacht, aus deren Reihen hin und wieder der Ruf: 'Wieder mit der Regierung!' erklang. Die Regierung hat für ausreichenden militärischen Schutz gesorgt. Die zweite und dritte Marinebrigade sind einmarschiert und die Division Lettow-Orbell ist näher an Berlin herangezogen worden. Alle öffentlichen Gebäude, besonders das Schloß, sind mit starken Wachen besetzt.

## Die Knüppelgarde der Unabhängiger.

Berlin, 22. Juli. (Telefonisch.) Die von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Demonstrationen-Versammlungen wurden nach einem, wie die Wechsler der Blätter meint, einheitlichen Plan von den Unabhängigen und dem, wie der Vorwärts

sagt, mit ihnen sympathisierenden Anhänger ohne Ausnahme eingekerkert.

Zu einem blutigen Tumult kam es im Gewerkschaftshaus, in dem der Vorwärts-Redakteur Kuttner das Referat hatte. Seine Worte gingen alsbald in Tumult unter. Als die Versammlungsleitung zur Verlegung der Versammlung eintrat, bis die Ruhe wieder hergestellt sei, begannen die Unabhängigen und Kommunisten eine allgemeine Schlagerei. Zahlreiche Personen wurden mehr oder minder verletzt, darunter auch der Referent. Während er sich erholt, kam es jedoch zu weiteren Schlagereien, worauf sich der Saal schnell leerte. Zahlreiche Tische und Sthle lagen zertrümmert umher. Die Verletzten wurden nach dem nahegelegenen Krankenhaus geschafft.

## Streik der Elektrizittsarbeiter in Homburg.

Saarlouis, 22. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die gesamte Gegend der Elektrizittszentrale in Homburg in der Pfalz ist in den Dunkelheit getaucht. Mit Genehmigung der französischen Vfsichtsbehrde finden in Homburg Beschreibungen der Gewerkschaftsführer und Arbeitervertreter über die groe Feuerung statt.

## Der Kultusminister Haenisch über das Schulkompromi.

Auf eine Eingabe der sozialdemokratischen Organisation der Stadt Dortmund hat der Kultusminister Haenisch erwidert:

Auch er sei der Meinung, dass das in Weimar vereinbarte Schulkompromi keineswegs dem auch von ihm von Herzen gewünschten konfessionellen Frieden und zugleich der freiheitlichen Entwicklung der Schule dienen werde. Seine praktische Durchführung, die ebendiese die groten schulrechtlichen Schwierigkeiten mit sich brachte, wurde vielmehr der Schulstump und damit den konfessionellen Hader big in die kleinste Schulgemeinde tragen. Sie würde die leistungsfähigen Schulen zugunsten von Unvordereiten aus der Geschichte und die Vermittlung der groen Grundgedanken der Einheitschule unmöglich machen. Er, der Minister, habe in völliger Überzeugung mit der sozialdemokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung und auf deren ausdrücklichen Wunsch das Schulkompromi entschieden bekämpft. Er gebe die Hoffnung noch nicht auf, dass es ihm im Verein mit einer Reihe der von der gleichen Gedanken erfullten Kultusminister anderer deutscher Gliedstaaten doch noch gelingen werde, bis zur dritten Lesung eine Beseitigung jener Bestimmungen des Kompromis herbeizuführen, die seinen Kreisen des preussischen Volkes und seiner Lehrtätigkeit besonders verhängnisvoll erschienen.

Montag fand in Berlin eine Konferenz der einzelstaatlichen Kultusminister, an der der preussische Minister, Reichs- und die Reichsminister der groen Grundgedanken der königlichen und der königlichen Kultusministerien teilnahmen. Es wurde beschlossen, bei der Reichsregierung unermglich Schritte zu tun, um eine Durchführung des Schulkompromis von Schul- und Verwaltungsdienstleistungen Standpunkt aus durchzusetzen, da in dieser doppelten Hinsicht schwerste Bedenken gegen das Kompromi bestnden. Die Anschauungen der Vertreter der Kultusministerien wurden in einem Protokoll niedergelegt, das der Reichsregierung auf dem schnellsten Wege übermittelt werden soll.

## Betriebskrankentafeln.

Berlin, 21. Juli. Heute tagte im Savoy-Hotel der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankentafeln, Sitz Essen, unter dem Vorsitz des Direktors der Firma Krupp, Justizrat Wandel-Essen. Die Vertreter stellten sich auf den Standpunkt, dass gerade die Betriebskrankentafeln den Verhältnissen der Zeit besonders entsprechen, und dass bei dem Uebergang der Betriebskrankentafeln in die allgemeinen Betriebskrankentafeln alle Beteiligten, vor allem die Versicherer und ihre Angehörigen, erheblich geschädigt würden, und es wurde bedauert, dass bei dem Verhältnis zwischen Krankentafeln und Kassen ein friedlicher Ausgleich noch nicht gefunden sei. Der Verband soll bestrebt bleiben, diesen Ausgleich herbeizuführen.

## Selbstmord eines von der Entente verfolgten Bürgermeisters.

Saarbrucken, 21. Juli. Der in Untersuchungshaft sitzende Bürgermeister von Rffingen wurde tot in der Zelle aufgefunden. Er sollte für die als Hauptmann der Landwehr und Kommandeur eines Winter-Battalions in Belgien angeblich angelegte planlose Zerstörung von einem Kriegsgericht abgeurteilt werden.

## Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Berlin, 21. Juli. Heute fanden hier die ersten Besprechungen zwischen Vertretern der verbündeten Regierungen und denen der deutschen Regierung über die von Deutschland zu leistenden Kohlenlieferungen statt. Die verbündeten Regierungen verlangten die Vorlage eines Planes über die vom September etwa möglichen deutschen Lieferungen.

## Englische Post für Deutschland.

London, 21. Juli. Nach Reuters teilt das Postamt mit, dass jetzt wieder Post für Deutschland angenommen wird.

## Der deutsch-sterreichische Friedensvertrag

St. Germain-en-Laye, 21. Juli. Das Wiener Korrespondenz-Biro berichtet über den Hauptinhalt des Friedensvertrages:

1. Wiedergutmachung. Die im Vertrag mit Deutschland eingeleitete Reparations-Kommission wird zunächst eine annehmbare Summe festsetzen, die Deutsch-Österreich in den Jahren 1919 bis 1921 in Gold, Waren, Schiffe, Wertpapieren und anderen Gütern zu leisten hat. Ferner hat es alle Erschsse abzugeben. Die Reparationsverpflichtungen an Nicht-Geldwerten, wozu auch die Rückgabe von Gegenständen zu leisten, wobei daran Rücksicht zu nehmen ist, dass seine industrielle Tätigkeit nicht desorganisiert wird.

2. Finanzverpflichtungen. Für die aus dem Friedensvertrag entspringenden Verpflichtungen wird eine erste Hypothek auf das Staatseigentum und die Staatseinnahmen gesetzt. Die Kriegsausgaben werden gekämpft. Die anderen Staaten

mit Ausnahme Deutsch-Österreichs haben keine Verpflichtung zugezogen die Inhaber der auf ihrem Gebiet befindlichen Kriegsausgaben, aber diese Staaten und ihre Staatsangehörigen haben auch keinen Anspruch gegen Deutsch-Österreich. Die im früheren Auslande befindlichen Kriegsausgaben verpflichten sich Deutsch-Österreich.

3. Bankwesen. Innerhalb zweier Monate haben die Besiegten die auf ihrem Gebiet befindlichen Noten abzurufen und sie innerhalb 12 Monaten durch ein eigenes Geld zu ersetzen. Die Dsterreichische Ungarische Bank hat sofort zu liquidieren. Die am 15. Juni 1918 im Auslande befindlichen Noten übernehmen Deutsch-Österreich und Ungarn allein.

4. Verkehrs-Verbindungen des ersten Entwurfs, Streichung des Konturrenzenverbot, Teilnahme an der Konferenz zur Festlegung des neuen Donau-Regimes, Internationalisierung des Rhein-Main-Donau-Kanals und Streichung der allgemeinen gebotenen Verpflichtungen zur Wahrung von Bahnhufen. Ferner Einziehung der Marken und der Zehne in die neue Reichswahrung und die Freiheit des Handels für den Telephonverkehr und Telephonverkehr nach Analogie der Grundgesetze für die Freiheit des Handels beim Eisenbahn-, Schiffs- und Postverkehr.

## Kriegsführung gegen Ungarn.

Amsterdam, 21. Juli. Laut Daily Telegraph aus Paris beriet der Rat der Führer in Gegenwart von Lord, dass die ungarische Front, 50 km höhen wurde am 12. Juli die allgemeine Offensive in Angriff genommen. Die Truppenzusammenschlssungen wären verlastet auf einen Angriff auf die rumänische Front hin. Die deutsche, von General Mangin die Führung aller verbündeten Seere, die gegen die Ungarn Kämpfen werden, übernehmen.

## Bergarbeiterstreik in England.

WTB. London, 21. Juli. Neuter. Der Streik der Yorkshire-Bergarbeiter hat sich ausgedehnt. Er umfasst jetzt 200 000 Arbeiter.

## Wilson erkrankt.

Amsterdam, 21. Juli. Wie Neuter aus Washington meldet, ist der Prsident Wilson an Diphtherie erkrankt.

## Ein neuer amerikanisch-mexikanischer Zwischenfall.

Amsterdam, 21. Juli. Dem Telegraph zufolge meldet die Times aus New York, dass die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko durch einen Zwischenfall bei Tampico verhärtet worden. An demselben Tage eines amerikanischen Kriegsschiffes, die in einem Motorboot, das sich dem Verhören des Schiffes, wurden am 8. Juli von mexikanischen Soldaten überfallen und ausgetraubt. Der Gouverneur des Staates Mexiko, der Vereinigten Staaten erklärte, dass dieser Zwischenfall der ernste von allen sei, die bis während der letzten Monate ereignet hätten. Von anderen maßgebenden Personalitten wurde er mit einem ähnlichen Vorfall im Jahre 1914 verglichen, der ein militärisches Auftreten der Vereinigten Staaten in Vera Cruz zur Folge hatte. Marine-Sekretär Daniels erklärte, er habe um nähere Aufklärungen ersucht, und von dem Ergebnis dieser Anfrage werde es abhängen, ob der amerikanische Gouverneur in Mexiko Schritte unternehmen werde. In verhandelnden Reisen wird jetzt offen von der Möglichkeit einer Intervention gesprochen.

## Arbeiterstreiks in Amerika.

Amsterdam, 21. Juli. Laut Telegraph melden Times aus New York, dass auer dem Streik im New Yorker Hafen, wo 500 Schiffe und an der Kölle weitere 700 Schiffe klligen, auch in Chicago 100 000 Arbeiter des Bauwesens ausgesetzt worden sind, nachdem 80 000 Arbeiter infolge von Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt hatten. In Boston streiken die Strassenbahn-Angestellten und 100 000 Arbeiter der Zigarettenindustrie.

## Deutsches Reich.

Zur Festlegung der Wnchner Geleit wird uns geschrieben: Die Halle'sche Zeitung in Halle a. S. bringt nach der Wörtlichen Beilage in einem Artikel 'Münchner Deutsches' die Rede der Juden in der Kammer der sterreichischen Reichsrte. Es ist erfindlich, dass der Reichstag der sterreichischen Reichsrte wurde. Gelehrter hat den Textes richtig gegeben und unterzeichnet, Schriftsteller, der als Jude bezeichnet wird, war katholisch geboren, Sohn katholischer Eltern. Unter den Erbschleppern war auch ein Jude, Berger aus Wien. Es wird verlutet, dass deutsche Volk immer mehr in die Lüge und den Juden zu sein.

In der Preussischen Landesversammlung hat die Deutschdemokratische Fraktion unter Führung des Abgeordneten Dr. Wberbuden-Pallas folgenden Antrag gestellt: 'Bei dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft werden die Anstrengungen, die sie von der Wissenschaft erhebt, von ganz besonderer Bedeutung sein. Wesentl. die Staatsverwaltung auch fernerhin die wissenschaftlichen Forschungen diejenigen Mittel zur Veranschaulichung zu sein, die sie für die Wirtschaft des Gesamtvolkes des Volkes Landwirtschaft und Industrie durch wertvolle Entdeckungen und Erzeugnisse schaffen zu fördern?'

Rein Dienstlich für Beamte und Lehrer. Vom preussischen Ministerium ist verlutet worden, dass bis auf weiteres von dem Abnahme des Dienstleides von Beamten und Lehrern abgesehen ist.

Schwarzschtzungen in Bayern. Nach Mitteilungen aus landwirtschaftlichen Kreisen wurden im vergangenen Jahre in Bayern nicht weniger als 50 000 Ränder, Schornstein, geschlachtet. Im ganzen Reiches verschwand im Jahre 1918 8 Millionen Schafe, Lwchen.

## Kunst und Wissenschaft.

Der Berliner Verleger die nordische Bibliothek. Wie die 'Vochhulst.' hört, ist zur Wiederbelebung des durch den Krieg zerstörten H. H. Hensler ererbten Verlags für nordische Bibliothek an der Berliner Universität ein Ruf an Prof. Dr. Gustav Kiedel in Heidelberg ergangen. Geboren 1873 zu Wiesbaden, studierte Kiedel in München bei Hermann Paul, in Heidelberg unter G. Hensler und in Berlin bei H. Hensler, erwarb 1900 an letzterer Universität den Doktorgrad mit einer Arbeit 'Die germanischen Relativpartikeln'. 1900 erhielt Kiedel die peno